

Für eine offene Gesellschaft

Akademische Proteste in Bulgarien

| KRASSIMIR STOJANOV | In Bulgarien gibt es seit längerem vehemente Proteste von Studenten und Hochschulangehörigen. Sie setzen sich ein für die Freiheit kritischen Denkens. Was aber genau sind die Ursachen für dieses Aufbegehren? Eine Analyse.

Die Medien in Deutschland berichten in regelmäßigen Abständen – wenn auch nicht besonders ausführlich – über die andauernden Proteste in Bulgarien. Weniger bekannt ist, dass die Dauer dieser Proteste rekordverdächtig ist, da vor kurzem das zweihundertste Jubiläum der tagtäglichen Demonstrationen gegen die Regierung des Landes zu vermelden war. An diesen Demonstrationen beteiligten sich oft mehrere tausend Menschen. Die Proteste erhielten einen neuen großen Schub im November und Dezember des vergangenen Jahres, als Studenten das Hauptgebäude der Universität Sofia und zeitweise auch sämtliche Ein- und Ausgänge des Gebäudes des bulgarischen Parlaments besetzt hatten. Dabei wurden die Studenten von mehreren hundert Universitätsdozenten unterstützt, die eine Gruppe mit dem Namen „Universitätsdozenten für die Unterstützung des studentischen Protests“ gegründet hatten. Für diejenigen, die die aktuelle politische Situation sowie die Hochschullandschaft des Landes nicht kennen, ist es nicht leicht nachzuvollziehen, wogegen sich der Protest genau richtet und warum sich ausgerechnet Universitätsdozenten an der Spitze der Protestbewegung befinden.

Ziel der Proteste

Für die Protestaktivisten ist das übergreifende Ziel der Kampf gegen die postkommunistische Oligarchie. Unter „Oligarchie“ ist eine sehr kleine, exklusive und intransparente Schicht zu verstehen, die insbesondere in post-kommunistischen Kontexten gedeiht und die sich durch eine enge Verzahnung von politischer und wirtschaftlicher Macht auszeichnet. Diese Verzahnung

»An den Protesten beteiligen sich oft mehrere tausend Menschen.«

macht sowohl eine demokratische Kontrolle von machtpolitischen Aktivitäten als auch einen fairen Wettbewerb in der Wirtschaft unmöglich. Die übliche Vorgehensweise der Oligarchie besteht darin, dass man sich zunächst politischen Einfluss erkaufte, um sich dadurch exklusive ökonomische Vorteile nicht nur in Form von staatlichen Aufträgen, sondern auch von Gesetzen zu sichern, die die eigenen Geschäfte begünstigen. Viele (wenn nicht sogar die Mehrheit) der „offiziell“ sichtbaren politischen Akteure Bulgariens gelten als bezahlte Marionetten von Oligarchen, die in der Regel im Verborgenen agieren. Das Startkapital der meisten Oligarchen stammt im

Übrigen aus den Fonds des alten kommunistischen Regimes, welche bei dessen Zusammenbruch mit Hilfe des Staatssicherheitsapparates von mafiaähnlichen Gruppen unter der Hand „privatisiert“ wurden. Diese Gruppen kommen mehrheitlich selbst aus diesem Apparat.

Die Proteste wurden durch ein Ereignis im Sommer des vergangenen Jahres ausgelöst, das die Abhängigkeit der Politik Bulgariens von oligarchischen Strukturen besonders sichtbar machte: Die frisch gewählte Regierung der Koalition der Sozialistischen Partei mit der Partei der türkischen Minderheit, toleriert durch die extrem rechte und rassistische Partei „Ataka“ („Angriff“), hat die Wahl des erst 33-jährigen Delyan Peevski

zum Chef der Staatlichen Agentur für nationale Sicherheit durchgesetzt. Diese Agentur verfügt über weitreichende Befugnisse und kann leicht als Kampfinstrument gegen politische Gegner eingesetzt werden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Peevski die politische Schlüsselfigur in einem oligarchischen Zirkel ist, dem mehrere Tageszeitungen angehören sowie Fernsehkanäle und eine Bank, die eine Monopolstellung bei der Abwicklung der Zahlungen der Regierung hat. Nach heftigen Protesten hat das Parlament die Wahl von Peevski zwar nach wenigen Tagen wieder zurückgezogen, aber dennoch gingen und gehen die Proteste bis heute weiter. Die Protestierenden fordern die Unterstützer dieser skandalösen Wahl (allen voran den Ministerpräsidenten) auf, die Verantwortung dafür zu übernehmen und die Konsequenzen daraus zu ziehen – was bis heute nicht geschehen ist.

AUTOR

Professor **Krassimir Stojanov** lehrt Bildungsphilosophie und Systematische Pädagogik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.





Foto: picture-alliance

Moralischer Charakter der Proteste

Die Proteste haben allerdings primär einen *moralischen Charakter*. Genau dies erklärt, warum sie von Studenten und Universitätsdozenten angeführt werden. Wie Alexander Kiossev, Professor für Kulturwissenschaft und Direktor des Kulturzentrums an der Universität Sofia sowie ehemaliger Gastdozent an der Universität Göttingen, zutreffend anmerkt, richtet sich ein moralischer Protest gegen Unwahrheiten und Manipulationen, die bei jedem Menschen mit normalen moralischen Empfindungen Empörung auslösen. Diese Empörung zu artikulieren sowie die Wahrheiten und die Manipulationen systematisch aufzuzeigen, gegen die sich die Empörung richtet, ist die Aufgabe eines kritischen und analytischen Denkens, das sich nirgendwo besser entfalten kann als in einem universitären Umfeld.

Die Unterstützer der bulgarischen Oligarchie begegnen dem Protest mit einer äußerst aggressiven und schmutzigen Kampagne gegen die prowestlich

orientierten Wissenschaftler und Studenten. Eine Kampagne, die in der unsäglichen Etikettierung der protestierenden Wissenschaftler und Studenten als „Sorosoiden“ gipfelt. Dieses Wort leitet sich von dem Namen George Soros ab – jenem bekannten Schüler von Karl Popper, der durch seinen „Open Society Fund“ weltweit zur Verwirklichung der Prinzipien und der Werte der Offenen Gesellschaft beizutragen ver-

»Moralischer Protest richtet sich gegen Unwahrheiten und Manipulationen.«

sucht. Die Stiftung von Soros hat insbesondere in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes durch die Finanzierung von zahlreichen Projekten und neuen Institutionen sehr viel zur internationalen Öffnung, zur Modernisierung und Demokratisierung der bulgarischen Universitätslandschaft beigetragen. Allerdings hat sich diese Stiftung bereits vor

Parlamentsgebäude in Sofia

Jahren weitgehend aus Bulgarien zurückgezogen. Umso abstruser sind Behauptungen der Gegner der Proteste, diese seien „von Soros“ finanziert.

Widerspruch

Ganz offensichtlich stehen die Prinzipien der Offenen Gesellschaft in einem antagonistischen Widerspruch zu den Handlungs- und Denkweisen der postkommunistischen Oligarchie. Andererseits liegen diese Prinzipien dem kritisch-argumentativen, wahrheitsbezogenen Diskurs zugrunde, der Wissenschaft insgesamt auszeichnet. Daher sind die Versuche, die Vertreter dieser Prinzipien in Bulgarien zu diskreditieren, auch als Angriff gegen die internationale akademische Community zu werten. Schon deshalb verdienen die protestierenden Universitätsangehörigen in Bulgarien kollegiale Solidarität.